



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### IX. Legislaturperiode

**Sitzung Nr. 7** vom 31. Januar 2005

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.30 bis 22.05 Uhr

---

**Leitung:** V. Dubi

**Anwesend:** 35 Mitglieder

**Abwesend:** R. Bänziger, M. Bolleter, B. Jost, R. Moll, S. Rysler

**Protokoll-genehmigung:** Das Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 2004 wird genehmigt.

Präsidentin:

Protokoll:

Verena Dubi

Brigitte Christen/Manuela Streib

**Mitteilungen der Präsidentin Verena Dubi:**

- Ein neues Mitglied wird im Rat begrüsst; es ist dies Gerhard Metz, FDP-Fraktion. Er tritt die Nachfolge von E. Rietmann an. Für heute Abend hat sich Roger Moll, Nachfolger für T. Lutz, entschuldigt. Er wird erst an der März-Sitzung teilnehmen können.

Die Mutationen gehen leider weiter: Thomas Lutz hat seinen Wohnsitz gewechselt, weshalb er als Ratsmitglied seine Demission eingereicht hat. Er war seit Beginn der 8. Legislatur im Parlament und seit Sommer 2000 Mitglied der Bau- und Planungskommission. Zudem amte er als Stimmzähler. Für seine Arbeit wird ihm an dieser Stelle herzlich gedankt.

- Der Jahreswechsel verlief eher ruhig. Er wurde überschattet durch das tragische Seebeben in Asien. Der Gemeinderat hat umgehend CHF 20'000.— für die Soforthilfe gesprochen.
- Der Neujahrsapéro im Kronenmattsaal war gut besucht. Persönlich konnte sie nicht daran teilnehmen. Vizepräsident M. Metz war an einem Konzert des Männerchors; sie selbst vertrat den Einwohnerrat am Neuzuzüger-Apéro.
- Anstelle von Tony Glaser ist Isabelle Achermann für das nächste Halbjahr zuständig für die Belange des Bürgerrats.

**Neu eingereichte persönliche Vorstösse:**

Folgende persönliche Vorstösse wurden neu eingereicht:

- Postulat der SP-Fraktion vom 26.1.2005: Midnight Basketball für Binningen
- Motion der CVP vom 31.1.2005: Parkraumbewirtschaftung in Binningen

Es werden dazu keine Wortbegehren gemeldet.

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

**Traktandenliste**

	<b>Gesch. Nr.</b>
1. Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005: <b>Ersatzwahlen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008</b>	44
2. Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005: <b>Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008</b>	45
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.1.2004: <b>Leistungsauftrag Nr. 4 Gesundheit</b>	35
4. Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005: <b>Gesamtprojekt Schlosspark: 1. Durchführung des Mitwirkungsverfahrens gemäss RBG § 7</b> <b>2. Mutation der Teilzonenvorschriften Nr. 9, Mutation der Spezialzone für Kulturgüterschutz Schlosspark (neu Denkmalschutzzone), Mutation des Strassennetzplans sowie Mutation der Gewässer- und Baulinien</b>	205 A VIII
5. Postulat SP-Fraktion vom 20.10.2004: <b>Partikelfilter für die gemeindeeigenen Dieselfahrzeuge</b> Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung	29
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.1.2005: <b>Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 250'000.— für die Anschaffung eines Lastwagens für den Werkhof</b>	40
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005: <b>Zusatzkredit von CHF 50'000.— für den Projektwettbewerb Alterszentrum Schlossacker</b>	41
8. Interfraktionelles Postulat vom 10.5.2004: <b>Beteiligung der Einwohnergemeinde Binningen an der Finanzierung des Liegenschaftskaufs Bottmingerstrasse 111 durch die Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen</b>	207 VIII
9. <b>Diverses</b>	

**Traktandum 1****Geschäft Nr. 44**

Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005:

**Ersatzwahlen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008**

*Präsidentin V. Dubi* erklärt, dass J. Humbel offiziell am 27. Januar 2005 seinen Rücktritt aus der GRPK dem Büro mitgeteilt hat. Er möchte künftig noch als stellvertretendes Mitglied dieser Kommission zur Verfügung stehen. Es ist aber lediglich die Wahl von je einem Mitglied und einem Ersatzmitglied traktandiert. Sie beantragt deshalb, dass die Wahl eines weiteren Mitglieds erfolgen kann, damit die Kommission wieder vollzählig ist. Dieses Vorgehen wird stillschweigend akzeptiert.

**SP:** *S. Zürcher* schlägt als Nachfolger Fabian Dietiker für seine Fraktion vor. Er ist bereits sehr vertraut mit Leistungsaufträgen und wird sein Wissen diesbezüglich bestens einbringen können.

**FDP:** *M. Ziegler* schlägt anstelle von J. Humbel Gerhard Metz vor. Er bringt aufgrund seines Berufs das nötige Rüstzeug für diese Kommissionsarbeit mit.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:** 1.1 Als Mitglieder in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission bis 30.6.2008 werden in Stiller Wahl gewählt: Fabian Dietiker, SP und Gerhard Metz, FDP
- 1.2 Als Ersatzmitglied bis 30.6.2008 wird gewählt: Jürg Humbel, FDP

**Traktandum 2****Geschäft Nr. 45**

Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005:

**Ersatzwahl in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008**

**FDP:** *M. Ziegler* beantragt, dass Martin Bolleter für T. Lutz gewählt wird.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:** Als Mitglied in die Bau- und Planungskommission bis 30.6.2008 wird in Stiller Wahl gewählt: Martin Bolleter, FDP

**Traktandum 3****Geschäft. Nr. 35**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.9.2003:

**Leistungsauftrag Nr. 4 Gesundheit**Eintreten:

**SP:** *F. Dietiker*. Der Leistungsauftrag gibt einen guten Überblick über die komplexen Aufgaben im Bereich Gesundheit. Diesmal tritt die Gemeinde nicht hoheitlich auf, sondern in beratender und fördernder Funktion. Er bildet eine gute Grundlage, um Erfahrungen zu sammeln. Als Manko wird jedoch festgestellt, dass nirgends ein Bezug zwischen Sport und Gesundheit hergestellt wird. Es ist unbestritten, dass Sport eine gesundheitsfördernde Rolle spielt. Entweder sollte dieser Aspekt bei der Überarbeitung des vorliegenden Geschäfts noch einbezogen werden oder allenfalls beim LA 6. Angeregt wird zudem, dass die Lesbarkeit erhöht werden könnte, wenn einleitend eine kurze Zusammenstellung über demografische Daten über Binningen aufgenommen würde. Somit wäre ersichtlich, welche Personen von den beschriebenen Dienstleistungen profitieren.

**CVP:** *K. Amacker* betont, dass die Vorlage überaus wichtige Inhalte enthält, wie beispielsweise ambulante und stationäre Angebote für Betagte, familienexterne Kinderbetreuung. Vergleicht man die finanziellen Mittel für den bereits verabschiedeten LA Nr. 9 Verkehr und dem heutigen Nr. 4, so halten sie sich etwa die Waage. Allerdings geht es hier um Menschen, was doch stärker zu gewichten ist als Strassenbeläge. Die Vorlage ist kompakt und schlank, widerspiegelt die Realität und lässt eine Steuerung zu. Die Fraktion ist für Eintreten.

**EVP/Grüne:** *U. von Bidder* teilt die Äusserung von F. Dietiker bezüglich Sport. Generell vermisst er analog zum Betagtenkonzept ein griffiges Jugendkonzept. Entsprechend ist der vorgelegte Leistungsauftrag sehr "betagtenlastig" ausgefallen. In der GRPK ist besonders das Thema familienexterne Dienste diskutiert worden. Ein Konsens wurde noch nicht gefunden. Ein ungutes Gefühl hat er bezüglich gewisser Ziele, welche in diesem Bereich nicht konkret messbar sind, weil sie im zwischenmenschlichen Bereich stattfinden und Gefahr laufen, „unter's Eis zu gehen“. Grundsätzlich stimmt er namens seiner Fraktion dem Leistungsauftrag zu.

**SVP:** *C. Schaub* hält kurz und knapp fest, dass seine Fraktion dem Leistungsauftrag zustimmt. Allfällige Anpassungen werden sich aufgrund der zu machenden Erfahrungen ergeben.

Detailberatung:

**Grüne/EVP:** *U. von Bidder*. Seite 2, Anträge an den Einwohnerrat, Punkt 1 Differenz zur ersten Seite zum Antrag, beschliesst im Grundsatz. Warum ist dies möglich, dass man zwei Antragsformulierungen hat? Er bittet um kurze Erläuterung.

Leistungsaufträge werden jetzt erst im Grundsatz behandelt und sind noch nicht budgetrelevant. Die ist dazu die Antwort von V. Dubi. Konkrete und verbindliche Budgetzahlen werden ab Voranschlag 2006 festgeschrieben, dann gilt Seite 2. Es ist heute der Grundsatz gutzuheissen und die Absicht des Gemeinderates, dem Einwohnerrat eine aktualisierte Form im Rahmen des Budgets 2006 vorzulegen.

**FDP:** *C. Fünfschilling* beantragt im Namen der FDP-Fraktion eine Änderung in der Formulierung der übergeordneten Zielsetzung, Punkt 4.2. Ziel 3, ein ausreichendes Angebot an ambulanten Einrichtungen im Bereich Gesundheit / Alter / Pflege gewährleistet die Wahlfreiheit gegenüber stationären Einrichtungen. Das Wort „gewährleistet“ soll durch „fördert“ ersetzt werden. Die Freiheit stösst dort an eine Grenze, wo sie, ökonomisch gesehen, keinen Sinn mehr macht. Ab einer bestimmten Pflegeintensität macht die Betreuung durch die Spitex keinen Sinn mehr. Da ist der Aufenthalt in einem Pflegeheim zu bevorzugen. Diese jetzige absolute Formulierung weckt Hoffnungen, die später allenfalls nicht zu erfüllen sind.

**SP:** *S. Zürcher* dünkt es einen eklatanten Unterschied, ob man Wahlfreiheit fördert oder gewährleistet. Das Wort „ermöglichen“ schlägt er als eine Alternative vor. Ermöglichen entspricht eher dem „gewährleisten“. Das Wort „fördern“ wird von ihm abgelehnt.

**CVP:** *K. Amacker* sieht in diesem Feld alle drei Positionen als Zusammenhang. Der 1. Punkt erwähnt schon diese Einschränkung, in Form von „lange“. Sie könnte in diesem Kontext dem Wort „gewährleisten“ zustimmen.

Gemeinderätin Heidi Ernst:

Mit dem Ausdruck „gewährleisten“ wird dem Rechnung getragen, was im Betagtenkonzept erarbeitet und in den Folgejahren bereits umgesetzt worden ist: Ein grosses Angebot an stationären und ambulanten Einrichtungen steht zur Verfügung, aus dem die Einwohner und Einwohnerinnen das für sie geeignete wählen können. „Fördern“ bedeute Weiterentwicklung, „gewährleisten“ oder auch „ermöglichen“ hingegen Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands.

**FDP:** *C. Fünfschilling:* Für sie ändert sich nichts, wenn weiterhin auf gewährleisten oder ermöglicht. bestanden wird. Sie hält an ihrem Antrag fest.

**FDP:** *M. Ziegler* möchte nochmals betonen, dass es darum geht, wenn jemand intensive Pflege benötigt, dass nicht in jedes Haus eine Krankenschwester/Pfleger gestellt wird. Mit der jetzigen Aussage wird der Bevölkerung suggeriert, dass sie entsprechend wählen kann. Diese Wahlfreiheit kann aber nicht in jedem Fall gewährt werden.

**Grüne/EVP:** *K. Birkhäuser* versteht das Anliegen der FDP, findet das Wort „fördern“ dennoch falsch. Gewährleisten und ermöglichen sind für ihn auch nicht das Gleiche.

**SP:** *G. Köhler* findet es Wortklauberei. Es sind so viele Faktoren, die überhaupt nicht beeinflussbar sind, z. B. was die Angehörigen dazu sagen. Er bittet, zu einem Ende zu kommen.

**SP:** *Urs Kunz* schlägt vor, fördert und gewährleistet die Wahlfreiheit.

//: **Der Antrag der FDP-Fraktion, dass das Wort „gewährleistet“ ersetzt wird durch „gefördert“.**  
**wird abgelehnt.** (bei 17 Ja, 18 Nein bei 0 Enthaltungen)

**FDP:** *M. Ziegler* stellt zu Punkt 4.3. den Antrag, das Ziel des 2. Abschnitts zu streichen, aus folgenden Gründen: Dieser Absatz suggeriert, dass Kinder, die in einer Familie aufwachsen und keinen Frühsozialisationsprozess durchmachen. Es ist nicht sinnvoll, dazu eine einseitige Aussage zu treffen. Dieser Absatz ist eine Behauptung und kein Ziel.

**SP:** *S. Zürcher* hält fest, dass ausserfamiliäre Angebote, die Frühsozialisation nicht unterstützten, ein schlechtes Angebot wären. Aus seiner Sicht ist dies schon ein Ziel.

**CVP:** *K. Amacker* hebt hervor, dass dies ein wichtiges Ziel ist; mit dem Hinweis, dass heute in jeder Familie 1,1 Kinder im Durchschnitt leben. Kinder brauchen andere Kinder, besonders in den frühen Jahren. Diese Gelegenheit muss geschaffen werden.

**SVP:** *E. Kohl* schliesst sich der Vorrednerin an. Sie bittet, das Ziel so stehen zu lassen.

**Grüne/EVP:** *U. von Bidder* weist auf die kindergerechten Freiräume hin. In der Gemeinde sollen die kindergerechten Freiräume beibehalten werden.

//: **Der Antrag der FDP-Fraktion, dass das 2. Ziel im Punkt 4.3. gestrichen wird.**  
**wird abgelehnt.** (mit 9 Ja, 24 Nein bei 2 Enthaltungen)

**SP:** *F. Dietiker* bittet die Formulierung Seite 13. Punkt 5.1. „direkte Leistungskosten“, auf „direkte Kosten“ zu ändern, ebenfalls verwirrend ist die Aussage „Kosten- und Leistungsdurchschnitt“. Es genügt „Durchschnitt“.

*Gemeinderätin H. Erns* stimmt den Vorschlägen zu.

**://: Der Antrag auf Änderung wird mit grosser Mehrheit angenommen.**

**SP: F. Dietiker** auf Seite 20, Punkt 5.2. wäre dies analog. Im Weiteren bittet er den Gemeinderat, im Leistungsziel 5.3., Seite 13, den Indikator klarer bzw. lesefreundlicher festzulegen.

*Gemeinderätin H. Ernst* macht deutlich, dass der Bezug des Ausbildungsstands des Personals den Bezug auf die Pflegesituation aufzeigt. Sie führt kurz aus, dass der Spitexverband Basel-Land jedes Jahr Statistiken herausgibt, woraus die jeweilige Gemeinde entnehmen kann, wie viel Prozent ihres Spitexpersonals über welchen Ausbildungsstandard verfügen. Die Aufteilung ist in verschiedenen Kategorien. Hohe Anzahl an qualifiziertem Pflegepersonal hat auch höhere Kosten zur Folge. Dies lässt sich aber rechtfertigen, wenn mit besser ausgebildetem Personal die zu Pflegenden auch länger zu Hause bleiben können. Der Text in diesem Leistungsauftrag ist für die ausführenden Personen, die damit arbeiten müssen, verständlich.

**SP: F. Dietiker** bittet, dies bei der Überarbeitung des Leistungsauftrags verständlich zu machen. Mit der Einführung von WOV soll es für die Kunden verständlich werden und nicht nur für die damit Arbeitenden. Es sollte ein Indikator gesucht werden, der besser verständlich ist.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://: 3.1 Der Einwohnerrat beschliesst den vorliegenden Leistungsauftrag im Grundsatz.**
- 3.2. Der Gemeinderat legt mit dem Budget 2006 eine aktualisierte Version vor.**

*Gemeinderätin H. Ernst* dankt dem Einwohnerrat, für diesen Beschluss und freut sich, da mit diesem Leistungsauftrag auch viele externe Dienstleistungen verankert sind, die oft nicht bewusst wahrgenommen werden. So etwa jene des Familienzentrums, das nicht so bekannt ist, wie die Spitex.

**Traktandum 4 Geschäft Nr. 205 A**

Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005:

**Gesamtprojekt Schlosspark: 1. Durchführung des Mitwirkungsverfahrens gemäss RBG § 7**

**2. Mutation der Teilzonenvorschriften Nr. 9, Mutation der Spezialzone für Kulturgüterschutz Schlosspark (neu Denkmalschutzzone), Mutation des Strassennetzplans sowie Mutation der Gewässer- und Baulinien**

Eintreten:

**FDP:** *S. Cron* hebt hervor, dass es nur noch darum geht, mit diesen vorliegenden Beschlüssen, die planungsrechtlichen Grundlagen so anzupassen, damit gebaut werden kann. Bedauerlich ist, dass im Rahmen vom Mitwirkungsverfahren die Differenzen mit der Fa. Glanzmann AG nicht bereinigt werden konnten. Die Mehrheit der FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass eine Überweisung dieser Vorlage an die BPK nicht zielführend ist. Die Fraktion hofft, dass aufgrund von Rechtsstreitigkeiten dieses Bauvorhaben nicht mehr länger verzögert wird und stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

**Grüne/EVP:** *K. Birkhäuser* dankt im Auftrage der Fraktion dem Gemeinderat, dass dieses Projekt nun vorangetrieben wird. Die Optimierung von der Einfahrt zur Einstellhalle durch eine Überdachung findet Anklang, und die Bereitschaft besteht, Zusatzkosten zu bewilligen. Erfreulich ist auch die Idee, dass Veloparkplätze in der Planung berücksichtigt werden. Den 4 Anträgen wird Zustimmung erteilt.

**CPV:** *A. Achermann*. Die Mehrheit der CVP-Fraktion stimmt den 4 Anträgen zu. Die Fraktion ist der Meinung, dass sich die Gemeinde bemüht, die Immissionen, verursacht durch die Parkplatzzufahrt, so klein wie möglich zu halten. Abklärungen haben ergeben, dass mit einer Überdeckung der Zufahrt Lärm- und Lichtschutz durch relativ einfache bauliche Mittel erfüllt werden können. Die ablehnende Haltung der Fa. Glanzmann wird sehr bedauert, zumal eine grosse Flexibilität seitens der Gemeinde aufgezeigt wurde. Trotzdem bleibt die Fa. Glanzmann ablehnend gegenüber der Überdeckung. Diese ist zwar gegen Lärm- und Lichtschutz gut, lässt aber aus ihrer Sicht, den Baukörper mehr in Erscheinung treten. Dies wird nicht bestritten. Im Rahmen eines architektonischen Konzepts könnten die noch offenen Fragen hierzu aufgefangen werden.

**SVP:** *M. Trautwein*; es zeugt nicht von einer guten Planung und seriösen politischen Arbeit, wenn im Einwohnerrat nach einer Volksabstimmung noch solche Mutationen unterbreitet werden müssen und im Mitwirkungsverfahren noch offene Punkte vorhanden sind. Trotzdem stimmt die Fraktion den Anträgen zu. Zur Verbesserung der Zufahrt in das Parkhaus wird die Variante der Vollüberdeckung favorisiert. Es dünkt die Fraktion etwas seltsam, dass eine Baufirma eine Überbauung als sehr massives Erscheinungsbild ansieht.

**SP:** *T. Rehmann*; ihre Fraktion findet die vorliegende Vorlage sehr gut und stimmt vollumfänglich den Anträgen des Gemeinderats zu. Favorisiert wird die gedeckte Einfahrt, um die Immissionen niedrig zu halten. In der Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2004 als diese Vorlage beschlossen wurde, ist schon in Aussicht gestellt worden, dass die Anpassung der Zonenpläne, Strassennetzpläne, und Gewässerbaulinie noch folgen würde. Mit dem Quartierplan hat die Fa. Glanzmann AG eine bessere Nutzung bekommen, es ist also nicht nur Negatives zu nennen.

**CVP:** *H. Senn* hält fest, dass viele Mitglieder des Rates wissen, dass er für die Fa. Glanzmann arbeitet und dass diese Firma das Recht hat, zum vorgesehenen Plan Stellung zu nehmen. Er dankt dem Gemeinderat, dass das Mitwirkungsverfahren durchgeführt werden konnte. Warum gab es keine Einigung zwischen der Gemeinde und der Fa. Glanzmann? Die Fa. Glanzmann hat der Gemeinde Binningen im Vorfeld bereits 70 m<sup>2</sup> Land zur Realisierung der neuen Schlossgasse zur Verfügung gestellt. Mit der neuen Linienführung der Schlossgasse wird das neue Bauprojekt der Fa. Glanzmann sehr direkt betroffen. Die Schlossgasse geht nun 4 – 6 m an diesem Projekt vorbei. Die Fa. Glanzmann wehrt sich gegen die geplante Einfahrt. Es wurden verschiedene Varianten dargestellt, u. a. auf der gegenüberliegenden Seite hinter dem Imhof-Haus. Fa. Glanzmann wird Einspra-



che erheben. Es wird der Antrag gestellt, auf die Vorlage sei nicht einzutreten, sondern sie an den Gemeinderat zur weiteren Überarbeitung zurück zu weisen .

**FDP:** *M. Ziegler* war gegen das Hotel, ist aber jetzt überrascht, dass die CVP, welche pro Schlosspark war, die Sache nun verzögern will. Die Fraktion steht hinter dem Volksentscheid, auch wenn sie anderer Meinung war. Der Volksentscheid sollte akzeptiert werden.

**SP:** *S. Zürcher* verweist darauf, dass in diesem Zusammenhang die Ausstandspflicht angebracht gewesen wäre. Der Einwohnerrat ist nicht der Ort, diese privaten Anliegen nochmals vorzutragen.

**SVP:** *E. Kohl Seyfert* stellt die Frage an den Gemeinderat, warum mit dem Bau des Imhofhauses nicht begonnen werden kann, da das Imhofhaus ein fertiges Projekt hat.

**CVP:** *K. Amacker* stellt fest, mit dem Hinweis an die FDP, speziell *M. Ziegler*, dass die CVP auch Demokraten sind. *A. Achermann* hat den Entscheid der CVP mitgeteilt und jeder im Rat hat die Freiheit, sein Votum abzugeben. Sie bittet um Toleranz

Gemeinderätin A. Schuler spricht den Dank für die Aufnahme dieser Vorlage an alle Anwesenden aus. Eine vorgezogene Realisierung des Imhofhauses wird geprüft.

**FDP:** *Markus Ziegler* korrigiert sich, „Teile der CVP-Fraktion“.

**SP:** *S. Zürcher* bitte um Abstimmung, da *H. Senn* eine Zurückweisung beantragt hat.

**://: Der Antrag von H. Senn auf Rückweisung an den Gemeinderat wird abgelehnt.**

(mit 2 Ja, 32 Nein, bei 1 Enthaltung)

#### Detailberatung:

**SP:** *T. Rehmann:* Seite 7, Punkt 6.3 bittet um Prüfung der Passage, die rund 60 Autoabstellplätze in der Einstellhalle an der Schlossgasse sind primär für den Schlosspark Binningen vorbehalten. Es fehlt der Einschub für die BenutzerInnen des Schlossparks.

**Grüne/EVP:** *K. Birkhäuser* bittet diesen Satz auch noch sprachlich zu ändern.

**CVP:** *K. Amacker:* Wenn diese nur für die BenutzerInnen des Schlossparks gedacht sind, dann wäre dies ein reines Kundenparking.

**FDP:** *M. Ziegler* stört das Wort Schlossparkensemble.

**FDP:** *M. Ziegler* hat noch 2 Fragen an den Gemeinderat zu den Einfahrtsvarianten. 1. In welcher Grössenordnung belaufen sich diese? 2. Welche Variante favorisiert der Gemeinderat?

#### **Stellungnahme des Gemeinderats:**

##### Gemeinderätin A. Schuler

Die Varianten beinhalten Preisschätzungen zwischen CHF 25'000.— bis 75'000.—. Noch nicht entschieden ist die Variante, da der Fa. Glanzmann angeboten wurde, auch noch Ideen dazu einzubringen. Im Gemeinderat werden jetzt die Detailfragen geklärt. Zur Thematik der Benutzer und Benutzerinnen der Einstellhalle: Auch das Personal, welches im Schlossparkareal arbeitet, und Gäste stehen diese Einstellplätze zur Verfügung. Der Satz sollte redaktionell nochmals überdacht werden. Diese Einstellplätze sind nicht für BenutzerInnen des öffentlichen Verkehrs gedacht.

**CVP:** *H. Senn* stellt klar, dass er grundsätzlich nicht gegen den Schlosspark ist. Dies beruht auf einem Missverständnis. Er ist Befürworter. Störend wirkt für ihn nur die Einfahrt. Seine Frage geht an die BenutzerInnen. Er geht davon aus, dass es sich um eine öffentliche Einstellhalle handelt und in dieser sollte es keine Einschränkungen geben.

*Gemeinderätin A. Schuler:* Die Einschränkung sollte heissen, für die BenutzerInnen der Schlossparkanlage. Entsprechende Kontrollen müssten aber auch dann durchgeführt werden.

**CVP:** *K. Amacker* hat den Vorschlag, dass der Text auf Seite 7 so beibehalten wird.

**SVP:** *M. Trautweins* Bedenken gelten der Spannweite von CHF 25'000.- bis CHF 75'000.- einer zusätzlichen Überdeckung. Die Begründung der Überdeckung sollte in diesem Kostendach auch mit budgetiert sein. Die CHF 75'000.-- sind dann zu überdenken. Weiterhin stellt sich die Frage, wer in der Einstellhalle zu zahlen hat, wenn es nur die BenutzerInnen sind oder auch die Schlossparkbesucher. Dies wünscht er geklärt.

*Gemeindepräsident C. Simon* stellt klar, dass sich dieses grosse Bauprojekt auch an kantonale Vorgaben halten muss. Dies betrifft auch die Einstellhallenplätze, da vorgegeben wird, wie viel erstellt werden müssen. Ein Teil von diesen Parkplätzen wird fest zugewiesen, z. B. für die Angestellten oder Gäste, ein Teil wird bewirtschaftet.

**SP:** *R. Dürig* zieht eine Einigung mit der Fa. Glanzmann einem jahrelangen Rechtsweg vor. Sind hier schon alle Mittel ausgeschöpft? Diese Frage geht an den Gemeinderat.

*Gemeinderätin A. Schuler* legt dar, dass der Gemeinderat aktiv wird und nicht alles verbaut. Es werden Lösungen gesucht, aber der Volksentscheid steht. Die Mutationen sind im Vorfeld schon angekündigt gewesen. Der Volksentscheid ist die Basis des weiteren Handelns. Im Detail können aber noch Änderungen berücksichtigt werden.

**SP:** *T. Rehmann* zieht ihren Antrag zurück.

Mit 34 Ja, 1 Nein bei 0 Enthaltungen wird beschlossen:

- |  |
|--|
| <p><b>://:</b> 4.1 Die Mutation des Teilzonenplans Nr. 9 wird beschlossen.</p> <p>4.2 Die Mutation der Spezialzone für Kulturgüterschutz Schlosspark wird beschlossen.</p> <p>4.3 Die alten Gewässer- und Baulinien gemäss dem Plan "Schlossgasse / Birsig werden aufgehoben und die neuen Gewässer- und Baulinien werden beschlossen.</p> <p>4.4 Die Mutation des Strassennetzplans wird beschlossen.</p> |
|--|

## Traktandum 5

## Geschäft Nr. 29

Postulat SP-Fraktion vom 20.10.2004:

**Partikelfilter für die gemeindeeigenen Dieselfahrzeuge**Eintreten:

**SP:** *A. Braun* spricht den Dank an die Bauverwaltung aus, die zu diesem Postulat umfangreiche Abklärungen getroffen hat. Dass der Gemeinderat einen nachträglichen Einbau von diesen Partikelfiltern in die gemeindeeigenen Fahrzeuge zum jetzigen Zeitpunkt ablehnt, findet die SP-Fraktion etwas mutlos. Gemäss Informationen einer Aargauer Firma würden diese Filter zum halben Preis der Zahlen, die in der Vorlage erwähnt sind, eingebaut werden. Der nachträgliche Filtereinbau ist bei einem älteren Fahrzeug weniger problematisch als bei einem Neuen. Die Gesundheit der Bevölkerung sollte der Gemeinde etwas wert sein. Die Fraktion möchte deshalb, dass eine Zweitofferte von dieser Aargauer Firma eingeholt wird und bittet um Überweisung dieses Postulats, aber gegen die Abschreibung aus erwähnten Gründen. Ebenfall würde eine Kontaktaufnahme mit dem Kanton als wichtiges Vorgehen angesehen werden, da der Gemeinderat auf den Punkt 3 des Postulats nicht eingegangen ist.

**FDP:** *J. Humbel* legt dar, dass der Stellungnahme des Gemeinderats zugestimmt wird. Neben der Betriebstemperatur, die nicht erwähnt worden ist, kommt eine relativ komplizierte Wartung hinzu. Als sehr störend wird empfunden, dass für die Motoren absolut keine Garantie mehr übernommen werden kann. Die Kosten für Wartung, Einsetzen des Filters und noch eventuelle Motorschäden rechtfertigen nicht den Einbau dieser Filter. Die Fraktion ist für die Überweisung dieses Postulats und Abschreibung.

**Grüne/EVP:** *K. Birkhäuser:* Das Problem der Russpartikel durch Dieselmotore ist jahrzehntelang bagatellisiert worden und wird jetzt endlich ernst genommen. Die Gemeinde sollte das möglichste tun und sich daran beteiligen. Die Aussagen betreffend den Kurzstreckenbereich sind nicht ganz stichhaltig. Die Strecken in Binningen sind sicher kurz, aber die Strecken summieren sich. Gerade die Wischmaschinen sind an ihren Einsatztagen viele Stunden unterwegs und erreichen bestimmt die Betriebstemperaturen für einen optimalen Wirkungsgrad des Filters. Aus diesem Grund kann man auf die Nachrüstung bei einem alten Lastwagen verzichten, aber bei den Wischmaschinen nicht - im Interesse von der Gesundheit der Bevölkerung. Der Antrag der SP-Fraktion wird unterstützt, das Postulat zu überweisen, aber nicht abzuschreiben.

**CVP:** *H. Senn* bittet, die Geschäfte 29 und 40 zusammen zu betrachten. Die CVP-Fraktion kann grundsätzlich den Anträgen des Gemeinderats folgen. Aber in Kenntnis der Filterproblematik speziell auf Lastwagen und Baumaschinen wird auf einen Punkt hingewiesen. Die öffentliche Hand, speziell der Kanton und der Bund, verlangen schon seit einiger Zeit, insbesondere bei Grossbaustellen, teilweise auch bei normalen Baustellen, ab einer bestimmten Grösse von Baumaschinen den Einbau von Partikelfiltern. Ein Stufenplan ist erarbeitet worden, der strengere Vorschriften für die Zukunft aufzeigt. Diese Situation ist in der Vorlage beschrieben worden. Auf Kosten der Unternehmer wird der Einbau dieser Filter verlangt. Der Filter kostet teilweise bis zu einem Drittel der Maschinenkosten. Fast alle Lastwagen und Baumaschinen werden im Ausland produziert, dadurch ist man auf die Entwicklung der Partikelfilter auf die Produzenten angewiesen. Die bestehenden EU-Normen sind schon recht fortschrittlich. Die Pflicht des Einbaus dieser Partikelfilter in der EU ist aber noch unklar. Frühesten ist dies 2006 zu erwarten. Als störend wird empfunden, dass die öffentliche Hand solche kostenintensiven Massnahmen von den Unternehmern verlangt, aber selber dann erklärt, wieso sie z. B. keine Filter einbauen wollen. Die Vorbildwirkung gegenüber den Unternehmern fehlt. Es wird der Vorlage zugestimmt, mit der Bitte an den Gemeinderat, in Zukunft diese Vorbildwirkung besser wahrzunehmen.

**SVP:** *U. Weber:* Die Fraktion kann auf die Stellungnahme des Gemeinderates eintreten. Er kennt das Problem aus eigener Erfahrung. 90 Prozent der Dieselfahrzeuge haben diese Filter eingebaut.

Es passiert sehr häufig, dass diese Filter verstopfen. Dies hat Motorschäden zur Folge und es entstehen hohe Kosten. Das Postulat der SP-Fraktion kann nicht auf die leichte Schulter genommen werden, nur ist er der Meinung, es müssen die Kosten und der Nutzen im Verhältnis stehen. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu, Verzicht des Einbaus von Filtern in alten Fahrzeugen und bei Neuanschaffung dann Beachtung des Filtereinsatzes.

**SP:** S. Zürcher legt dar, dass die Aufgabe des Postulats darin besteht, dass der Gemeinderat den Einbau dieser Filter zu prüfen hat und bei Neuanschaffungen darauf achtet, wo dies Sinn macht. Der Kanton soll ebenfalls angehalten werden, dass gleiche zu tun, wie die Bauunternehmer. Er versteht nicht, warum alle mit diesem Postulat einverstanden sind, aber trotzdem dieses Postulat abschreiben wollen.

#### **Stellungnahme des Gemeinderats:**

**B. Gehrig:** Der Grundsatz des Gemeinderats ist es, dass neue Fahrzeuge diesen Filter enthalten müssen. Die bestehenden Fahrzeuge sollen aber nicht damit ausgerüstet werden, da keine Garantie gegeben werden kann. Bei neuen Fahrzeugen geht man mit gutem Beispiel voran. Die Gemeinde kann im Übrigen den Kanton nicht verpflichten, dies ebenfalls zu handhaben.

#### Detailberatung

**Grüne/EVP:** U. von Bidder stellt die Frage an den Gemeinderat, woher die Aussage kommt, dass die Wischmaschine, die Betriebstemperatur kaum erreicht, bzw. mit wenigen Ausnahmen. Er bittet um Antwort.

Gemeinderat B. Gehrig legt dar, dass es eine hohe Betriebstemperatur braucht, damit dieser Filter funktioniert und nimmt das Begehren zur Prüfung auf.

Mit 27 Ja, 4 Nein bei 4 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: 5.1 Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.**

Mit 15 Ja, 20 Nein bei 0 Enthaltungen wird beschlossen:

**://: 5.2 Das Postulat wird nicht abgeschrieben.**

#### **Traktandum 6**

**Gesch. Nr. 40**

Postulat Grüne/EVP und SP-Fraktion vom 18.1.2005:

**Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 250'000.— für die Anschaffung eines Lastwagens**

#### Eintreten:

**FDP:** A. Eichenberger: Aus den Medien konnte entnommen werden, dass im Jahr 2009 bzw. 2010 in jedem neuen Fahrzeug ein Russfilter zwingend eingebaut sein muss, gemäss Schweizer und EU-Norm. Dann sollte die Garantie für den Motor auch übernommen werden. Ihr fehlt deshalb eine Abklärung, ob ein Occassion-Markt existiert, um die kommenden 5 Jahre zu überbrücken. Als sinnvoll würde es sich erweisen, wenn an diesem Fahrzeug dann die entsprechenden Geräte vom jetzigen Lkw Wiederverwendung finden könnten. Es wird an den Kauf des Polizeifahrzeuges aus Occassionsbeständen erinnert. Zu prüfen ist, ob der Unimog, nach einer Revision, noch 5 Jahre im Einsatz stehen könnte. Dies wurde auch von anderen Gemeinden bestätigt. Der Antrag zur Rückweisung wird gestellt.

**Grüne/EVP:** *K. Birkhäuser* stört sich daran, dass das Fahrzeug, welches 2006 angeschafft werden soll, nur der Euro-Norm 3 entspricht. Es wird sich dafür ausgesprochen mindestens ein Fahrzeug mit Euro-Norm 4. Ist dies nicht möglich, sollte noch gewartet werden, bis diese Norm erhältlich ist. Es wird der Antrag auf Zurückstellung gestellt.

**CVP:** *H. Senn* richtet die Frage an *B. Gehrig*, ob in den neuen Fahrzeugen der Russpartikelfilter enthalten ist und bestätigt, dass die Fraktion für die Anschaffung des Fahrzeugs ist.

Gemeinderat *B. Gehrig* hält fest, dass wenn das Fahrzeug zur jetzigen Zeit angeschafft wird, es keinen Filter hat. Bei jetziger Bestellung würde das Fahrzeug Ende 2005 ausgeliefert werden und dann könnte ein Filter eingebaut werden. Das Problem der Garantie ist aber damit wieder nicht gelöst. Das jetzige Fahrzeug hat einen Ausstoss, der nicht mehr zu vertreten ist. Würde dieses Fahrzeug mit hohen Kosten instand gestellt werden, hätte es aber immer noch keinen Filter. Im Jahr 2006 sollte ein Fahrzeug mit Euro Norm 4 auf den Markt kommen. Mit dem jetzigen Fahrzeug wird das Risiko eingegangen, dass irgendwann dieses Fahrzeug nicht mehr funktionstüchtig ist bzw. einfach steht. Ein Ersatzfahrzeug wäre dann nicht zur Verfügung. Es handelt sich hierbei um ein Fahrzeug für den Winterdienst.

**SP:** *Guido Köhler* fragt nach, wie viele Tage dieses Fahrzeug im Winter im Einsatz ist. Wie viele Tage ist dieses Fahrzeug überhaupt pro Jahr im Einsatz.

*Gemeinderat *B. Gehrig**, antwortet darauf wie folgt: Dieses Fahrzeug ist fast immer im Einsatz und wird auch für den Winterdienst benötigt. Der Wintereinsatz kann aber nicht immer im Voraus geplant werden.

**SVP:** *U. Weber:* Die Fraktion hat das Geschäft geprüft und ist der Meinung, dass dieses Fahrzeug ersetzt werden sollte. Das Alter dieses Fahrzeuges rechtfertigt dies. Warum fehlt im vorliegenden Geschäft die Typen- und Markenbezeichnung? Diese Frage wird an den Gemeinderat gerichtet.

**SP:** *S. Brenneisen* legt dar, dass die Fraktion dieses Geschäft ebenfalls geprüft hat. Eine wichtige Aufgabe ist es, dass dieses Fahrzeug funktioniert und damit auch für den Winterdienst im Einsatz ist. Da im Jahr 2006 eine neue verschärfte Euro-Norm eingeführt werden soll, ist abwarten angesagt. Diese Zeit sollte lang sein, um dann ein besseres Fahrzeug einkaufen zu können. Ein Vorschlag wäre noch die Möglichkeit des Leasings, bis neue bessere Fahrzeuge da sind. Das jetzige Fahrzeug würde in Zahlung gegeben und auch dann weiterhin irgendwo die Umwelt verschmutzen.

**SVP:** *U. Rediger:* Im Jahr 2006 soll die Euro-Norm eingeführt werden und es wird wohl nicht so sein, dass erst dann diese Fahrzeuge gebaut werden.

**SVP:** *U. Weber* erkundigt sich, welcher Typ gekauft werden soll. Das Fahrzeug kann heute schon bestellt werden mit einer Euro Norm 4, auch wenn dies teurer wird, aber es wäre entsprechend den Wünschen der Gemeinde ausgerüstet.

**SP:** *S. Zürcher* möchte wissen, ob die Submission durchgeführt wurde.

*Gemeinderat *B. Gehrig** es wurden Vorabklärungen getroffen, welches Fahrzeug für die Gemeinde in Frage kommt. Eine Occasion-Zwischenlösung wurde nicht geprüft.

#### Detailberatung:

**CVP:** *H. Senn* stellt nochmals die Frage nach dem Typ des Fahrzeugs, bevor die Submission überhaupt durchgeführt wurde.

*Gemeinderat *B. Gehrig**: Das Fahrzeugchassis mit Motor ist Typ MAN. Die Aufbauten, Krane usw. werden nicht von der Lieferfirma geliefert.

**Stellungnahme des Gemeinderats: --**

Mit 26 Ja, 4 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

<b>://: Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen</b>
---

**FDP:** *M. Ziegler* gibt den Gemeinderat mit auf den Weg, verschiedene Varianten, z. B. Occasion, Leasing zu prüfen.

**SP:** *U. Kunz* bittet bei einer künftigen Evaluation, vorher abzuklären, wie alt die Fahrzeuge in anderen vergleichbaren Gemeinden sind und nach welchen Kriterien in diesen Gemeinden die Fahrzeuge angeschafft werden.

**Traktandum 7****Gesch. Nr. 41**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.1.2005:  
**Zusatzkredit von CHF 50'000.— für den Projektwettbewerb Alterszentrum Schlossacker**

Eintreten:

**SP:** *T. Rehmann* Die Fraktion ist erstaunt, dass nachdem im Oktober 2004 dieses Geschäft verabschiedet wurde, nun dieser Zusatzkredit kommt. Aufgrund vieler Projekte wurde hinterher festgestellt, dass die knappen Ressourcen der Bauabteilung nicht mehr ausreichen. Sie stimmen dem Antrag zu, damit keine Bauverzögerungen entstehen. Eine Schwierigkeit zeigt sich auf, da Fremdfirmen eingeschaltet werden müssen. Es ist wünschenswert, dass der Gemeinderat aber dabei unterstützend mitwirkt.

**FDP:** *M. Ziegler:* Seine Fraktion teilt das Erstaunen der SP-Fraktion, dass 3 Monate nach der Kreditbewilligung festgestellt wird, dass man überlastet ist. Das Schlossparkprojekt ist schon länger bekannt. Andere Projekte waren ebenfalls vorher bekannt. Zum Zeitpunkt vom 25.10.2004 sollte die Überlastung der Bauabteilung bekannt gewesen sein. Es handelt sich um unprofessionelles Verhalten. Aus diesen Gründen geht die Fraktion nicht auf diesen Antrag ein.

**SVP:** *E. Kohl:* Die Projekte sind nicht erst seit dem 25.10.2004 auf dem Tisch. Damit dieses Projekt aber nicht gefährdet wird, befürworten sie den Antrag, ein externes Büro dafür anzustellen. Für die Zukunft wird eine saubere Abklärung gewünscht und dass von Anbeginn die Tatsachen auf den Tisch gelegt werden und nicht in Tranchen.

**Grüne/EVP:** *M. Schmidli:* Die Bauverwaltung ist überlastet wegen einem laufenden Grossprojekt und jetzt wird im Nachhinein der Antrag gestellt, dass der Projektwettbewerb extern vergeben werden soll. Es stellt sich nun die Frage, ob dies nicht nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Hat die Bauverwaltung nun genügend Zeit, weitere Projekte, die ja nicht abnehmen, zu betreuen? Kommen jetzt immer mehr externe Vergaben? Es wird um Abklärung gebeten, ob es sich um einen temporären Engpass handelt oder ob das Personal um 50 % aufgestockt werden muss. Als Sofortmassnahme wird dem Antrag zugestimmt, damit sich das Projekt nicht verzögert.

**CVP:** *H. Senn:* Seine Fraktion wurde auch davon überrascht, dass dieser Zusatzkredit nötig wird. Es wird aber davon ausgegangen, dass diese CHF 50'000.- Kosten auch intern angefallen wären und dann andere Projekte extern vergeben worden wären. Sie stimmen dem Antrag zu.

**FDP:** *M. Ziegler* präzisiert sein Votum, dass die Fraktion auch für schnellstmögliche Realisierung dieses Projektwettbewerbs ist. Es wird aber die Meinung vertreten, das Geschäft soll im Rahmen des gesprochenen Kredits durchgeführt werden. Allenfalls sind andere Geschäfte zurückzustellen.

Dieser Salamitaktik kann so nicht zugestimmt werden, da es bisher auch nicht besser gemacht wurde.

**SP:** *S. Zürcher:* Die Fraktion ist auch nicht zufrieden. Qualitativ gute Arbeit kann nur gemacht werden, wenn auch entsprechende Ressourcen vorhanden sind. Bei der Grösse dieses Projekts ist qualitative Arbeit nötig, damit am Schluss ein befriedigendes Resultat herauskommt. Diese CHF 50'000.— im Verhältnis zum gesamten Bauvolumen des Projektes, eine geringe Prozentzahl. Es kostet mehr, wenn z. B. aus Zeitdruck und mangelnden Ressourcen etwas falsch gebaut wird und dann nachgebessert werden muss. Die nachfolgenden Kosten können in die Millionen gehen. In diesem Sinne ist Sparen im Moment nicht sinnvoll. Das Resultat ist zu betrachten.

### **Stellungnahme des Gemeinderats:**

Gemeinderätin A Schuler gibt Antwort auf die Frage der FDP: Der Kredit mit einem Honorar für die Jury ist sehr gering. Die Preissumme ist auf 10 Teams aufzuteilen. Es ist keine Spanne mehr erhalten. Die Abt. RU hat 350 Stellenprozente. Im Bericht des Gemeinderats hat die Abteilung sehr grosse Geschäfte, die nicht abschliessend in diesem Bericht aufgelistet sind. Diese Abteilung muss auch alle Tagesgeschäfte erledigen, z. B. Baugesuche, die auch terminiert sind. Kundenbesuche müssen ebenfalls bearbeitet werden. Die zeitliche Verzögerung bei Projekten wurde in Kauf genommen. Im Oktober waren folgende Projekte noch nicht bekannt bzw. man war der Meinung, diese kommen erst später: Ortsplanrevision, Heyer-Areal mit Dorfplatzgestaltung, Planung Schafmaten, Meiriacker. Diverse Umweltthemen werden auch in dieser Abteilung bearbeitet. Hier sei die Mobilfunkantennenproblematik genannt. Die Durchführung des Projekts Schlossacker wurde von der Bauverwaltung noch nicht konkret in Angriff genommen und deshalb macht es auch Sinn, den ganzen Wettbewerb jetzt von Beginn an auszulagern. Es handelt sich hier um einen genau abgegrenzten Auftrag. Andere Gemeinden im Leimental haben diese externen Büros ebenfalls in Anspruch genommen.

**FDP:** *M. Ziegler* betont, dass Auslagerungen nicht mehr kosten müssen, sondern weniger.

*Gemeinderätin H. Ernst* nimmt Bezug auf die Aussage „Salamitaktik“ der FDP-Fraktion. Der Gemeinderat hat die Verantwortung übernommen und meldete dieses anstehende Problem an. Dies zeugt von klarer Transparenz und keiner Salamitaktik. Es wurde festgestellt, dass dieses Problem alleine nicht seriös zu bewältigen ist, und sie bittet die Ratsmitglieder um Zustimmung.

Detailberatung: entfällt

Mit 24 Ja, 10 Nein bei 1 Enthaltungen wird beschlossen:

<b>://:</b> Für die die Vorbereitung und Durchführung des zweistufigen Projektwettbewerbs für das Alterszentrum Schlossacker wird ein Zusatzkredit von CHF 50'000.— bewilligt (Konto 410.503.01).
---

## Traktandum 8

Gesch. Nr. 207

Interfraktionelles Postulat vom 10.5.2004:

**Beteiligung der Einwohnergemeinde an der Finanzierung des Liegenschaftskaufs Bottmingerstrasse 111 durch die Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen**

Eintreten:

**FDP:** *J. Koene:* Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag ab. Aufgrund einer Studie im Auftrag des Bundesamts für Statistik, war in der baz vom 26.2.2005 zu lesen, dass viele Betagte oft länger in ihren eigenen Wohnung bleiben. Die Stiftung des Altersheim- und Pflegeheims machte die Aussage, dass sie nach dem Umbau keinen weiteren Raumbedarf haben und keine Landreserven notwendig wären. Im Februar 2003 wurde vom Gemeinderat festgehalten, dass die optimale Grösse erreicht sei. Für die Amortisierung dieses Kaufs müssten nur die Pensionspreise etwas erhöht werden. Falls dem Antrag des Gemeinderats zugestimmt wird, stellt die FDP-Fraktion den Antrag, dass die Finanzierung über das Finanzvermögen der Gemeinde geregelt wird, z. B. Verkauf von nicht benötigten Liegenschaften.

**Grüne/EVP:** *M. Schmidli:* Ihre Fraktion kann sich dem Votum nicht anschliessen. Sie findet es eine gute Gelegenheit, dass diese Landreserve gekauft wurde und so der Betrieb nachhaltig gesichert wird. Erfreut sei man, dass das Darlehen unverzinst und unbefristet zur Verfügung gestellt wird.

**SVP:** *U. Rediger;* diese einmalige Chance sollte genutzt werden. Der Antrag wird unterstützt. Dies dient auch einer langfristigen Planung des Altersheims.

**CVP:** *K. Amacker* stimmt dem Antrag zu, mit der entsprechenden Klausel. Für die Hochbetagten wird das Umfeld sehr klein, wird deshalb aber immer wichtiger. Mit dem Kauf dieser Parzelle wird ein wichtiger Beitrag an den Erhalt der Lebensqualität der Hochbetagten geleistet.

**SP:** *D. Gorba,* die SP-Fraktion freut die zustimmende Haltung des Gemeinderats, sie stimmt dem Antrag ebenfalls zu.

**Stellungnahme des Gemeinderats:**

Gemeinderat J. Saxer: Dieses Darlehen ist an bestimmte Bedingungen gebunden. Er bittet dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen

Detailberatung: entfällt

Mit 26 Ja, 9 Nein bei 0 Enthaltungen wird beschlossen:

- ://:**    **8.1    Der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen wird ein unverzinsliches und unbefristetes Darlehen über total CHF 700'000.— gewährt (Konto 1155.07)**
- 8.2    Das Postulat wird als erfüllt abgeschrieben.**

Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgeklärt. An der Sitzung vom 14.3.2005 kann die FDP-Fraktion nochmals darauf zurückkommen.



**Traktandum 9**

**Diverses**

**entfällt**

Die Präsidentin V. Dubi wünscht allen schöne Ski-Ferien bzw. sonstige Ferien.